

## Europa wird nicht bloß verrückt – es bereitet einen Krieg vor

7 Apr. 2026 19:59 Uhr

Europa befindet sich noch in der frühen Phase der Kriegsvorbereitungen. Doch es heizt rasant die Kessel auf, und all seine Handlungen folgen, auf die eine oder andere Weise, der Logik des Krieges. Es hat also keinen Sinn, Klischees wie "Europa schießt sich selbst ins Knie" zum hundertsten Mal zu wiederholen.



© Klettschaty, der Kleinkarierte  
Karikatur.

Von Dmitri Rodionow

Die Europäische Union steht im Jahr 2026 aufgrund der anhaltenden und zunehmend akuterer Energiekrise und verfehlter Politik vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Hiervor warnte Kirill Dmitrijew, Leiter des Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF). Der April, so sagte er, werde den Beginn der Erkenntnis der Problemausmaße markieren. Doch "wie sollen sie das verstehen, wenn sie nicht versuchen, künftige Risiken zu mindern oder ihre Fehler zu korrigieren?", fragt sich Dmitrijew. Wie düster ist die Bedrohung einer "globalen Krise" für die gesamte Weltwirtschaft aufgrund der Schließung der Straße von Hormus in Wirklichkeit?

Hier lohnt es zu erinnern, dass die Straße von Hormus, ähnlich wie Bab al-Mandab, bereits in der Vergangenheit gesperrt worden war – und zwar ohne dass ein globaler Wirtschaftskollaps eintrat. Auch der aktuelle Anstieg der Energiepreise ist nicht beispiellos. Der Preis für Erdöl erreichte einen jüngsten Höchststand bei 119 US-Dollar pro Barrel. Zum Vergleich: Im Sommer 2022 lag der Ölpreis über 119 US-Dollar. Und während der Krise von 2008, selbst ohne Krieg, erreichte er 147,50 US-Dollar pro Barrel.

Was Erdgas betrifft, so liegt der jüngste Rekordpreis von 850 US-Dollar pro Kubikmeter ebenfalls deutlich unter dem Höchststand von 2.861,60 US-Dollar im August 2022, als Europa die Gaslieferungen aus Russland einstellte. Mit anderen Worten: Die aktuelle Krise ist vorerst nicht so dramatisch. Allerdings bestätigt sie auch schon in ihrem jetzigen Schweregrad, dass in der modernen Welt jederzeit etwas passieren kann, das alles zum Einsturz bringt.

Unter diesen Umständen wäre es logisch, wenn Europa zu russischen Erdgaslieferungen vorwiegend per Pipeline zurückkehren würde. Technisch ist dies möglich, ungeachtet des Krieges in der Ukraine. Darüber hinaus erweisen sich langfristige Festpreisverträge, die Gazprom bevorzugt, im Falle höherer Gewalt als deutlich günstiger und zuverlässiger als eine Dauerpolitik einmaliger Käufe an der Börse zu Börsenpreisen.

Europa fährt jedoch eine andere Logik.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schloss den Kauf von Erdgas aus Russland selbst bei einem physischen Mangel an Energieträgern in Europa, der zu Stromausfällen führen würde, aus. Zur Erinnerung: Im vergangenen Herbst verabschiedete der EU-Rat einen Plan zum Verbot russischer Gasimporte. Demnach gilt für bereits abgeschlossene Verträge eine Übergangsfrist: bis Mitte des Jahres 2026 für kurzfristige und bis Anfang des Jahres 2028 für langfristige Verträge. Ausnahmen bilden Ungarn und die Slowakei.

*"Wir haben klare Ziele, und wir halten daran fest."*

So antwortete die EU-Kommissionsvorsitzende auf die Frage, ob sich die Position Brüssels angesichts der aktuellen Energiekrise ändern werde. Es wäre schon seltsam, von Europa jetzt, wo Erdgas nur noch 800 US-Dollar kostet, eine Änderung seiner Position zu erwarten – wo es sie doch vor vier Jahren, als der Preis auf fast 3.000 Dollar gestiegen war, nicht geändert hat. Und genau das ist die europäische Logik: Was auch immer passiert, der Verzicht auf Erdgas aus Russland ist eine endgültige und unumkehrbare Entscheidung. Ebenso wie die Pläne, gänzlich auf jegliches Erdgas überhaupt zu verzichten – will Europa doch seinen Energiesektor weiter transformieren und ihn, in den Worten von der Leyens, auf "in Europa produzierte grüne Energie" umstellen.

Wir alle erinnern uns noch, wie vor wenigen Jahren in Europa aufgrund von Frost Windkraftanlagen und Solaranlagen gleichermaßen ausfielen. Und kürzlich erklärte der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz, er bedauere Deutschlands Entscheidung, aus der Kernenergie auszusteigen – nannte sie aber unumkehrbar. Die Entscheidung für eine "grüne Energiewende" sei nicht anfechtbar. Doch auch sie hat letztendlich ihre Logik. Und zwar die Logik des Krieges.

Erstens erscheint es seltsam, Öl und Gas von einem Land zu kaufen, mit dem Europa im Krieg ist – aktuell indirekt in der Ukraine und vielleicht schon morgen unmittelbar. Wie kann man Ressourcen von einem Feind kaufen?

Europa benötigt zudem gar nicht mehr so viel Öl und Gas wie früher. Die Europäische Union hat im Rahmen ihrer viel gepriesenen "grünen Agenda" umweltschädliche Produktionsketten seit Langem konsequent in Länder des Globalen Südens verlagert und dabei auf den Dienstleistungssektor und den Technologieexport gesetzt.

Experten sprechen vom Zeitalter der Postindustrialisierung; tatsächlich findet jedoch eine Deindustrialisierung statt. Dieser Prozess wurde nach dem Jahr 2022 mit dem Beginn einer neuen

Konfrontationsphase mit Russland deutlich, als die Europäische Union beschloss, die billigen Energieressourcen aus Russland vollständig aufzugeben.

Unternehmen begannen, in andere Länder abzuwandern – in solche mit günstigeren Energiekosten, niedrigeren Steuern und weniger politischen Auflagen –, vor allem in die USA und nach China. Und es geht dabei nicht um kleine und mittlere Unternehmen, sondern auch um Giganten wie Mercedes, BMW, Volkswagen und BASF, die einst das Rückgrat der Wirtschaft Europas bildeten und als Symbole des europäischen Wohlstands galten. Nicht alles auf einmal, aber doch schrittweise verlagern sie ihre Produktion aus Europa, insbesondere aus Deutschland.

Im September 2022 erreichte die Inflation in Deutschland erstmals seit der Einführung des Euro (im Jahr 1999) einen zweistelligen Wert – nämlich 10,9 Prozent. Im Januar 2024 erlebte Deutschland den größten Bauernstreik seiner Geschichte: Bauern blockierten Autobahnen aus Protest gegen die Abschaffung von Subventionen und Kraftstoffzuschüssen sowie gegen Steuererhöhungen; erst ein Jahr zuvor war das Land durch den größten Streik im Transportwesen seit drei Jahrzehnten nahezu lahmgelegt.

Tatsächlich sind Europäer Sparmaßnahmen und ständige Preissteigerungen gewohnt. Doch sie dulden sie nur bei einer proportionalen Lohnerhöhung und überhaupt bei einem Ausgleich für Verluste durch den Staat. Unter den gegenwärtigen Bedingungen geschieht beides schlichtweg nicht – im Gegenteil: Da die USA sich weigern, die Ukraine zu finanzieren, sehen sich die EU-Regierungen gezwungen, ihre Unterstützung für Kiew auf Kosten ihrer eigenen Bürger zu erhöhen.

Warum lassen die Europäer das zu?

Ihnen wird erfolgreich die Angst eingeflößt, ein direkter Krieg mit Russland sei unvermeidlich.

Erst vor wenigen Tagen erklärte Dominique Tardif (nicht wundern, er [schreibt sich wirklich so](#), Anm. d. Red.), stellvertretender Befehlshaber der Luftwaffe Frankreichs, in einem Interview an *Politico*, die Luftwaffe müsse auf einen wahrscheinlichen Konflikt mit Russland vorbereitet sein. Dies ist nur eine jüngste, aber bei Weitem nicht die erste derartige Aussage in den letzten Jahren. Sie häufen sich.

Eines der Ziele hierbei ist, die Öffentlichkeit auf die Annahme der Idee angeblicher Unvermeidbarkeit eines solchen Krieges vorzubereiten. Das zweite Ziel ist es, die zunehmende Militarisierung der Europäischen Union, die auf Kosten der Steuerzahler stattfindet und mit sinkendem Lebensstandard einhergeht, zu rechtfertigen (dem dient auch die ständig wiederholte Behauptung, die USA seien nicht mehr in der Lage, die Sicherheit Europas zu gewährleisten).

Die Logik der Kriegsvorbereitung, in deren Rahmen Europa operiert, ist nicht so absurd, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Schließlich leiden dabei nicht *alle* Unternehmen – im Gegenteil, einige profitieren sogar. Vor allem jene, die direkt an der Militarisierung beteiligt sind.

Bereits Anfang des Jahres 2023 erklärte [Rheinmetall](#)-Chef Armin Papperger, dass sich mit dem Aufflammen des Ukraine-Konflikts in Form eines Krieges hoher Intensität – des ersten solchen Krieges in der Alten Welt seit langer Zeit – eine neue Ära mit Rekordgewinnen und einem sehr hohen Auftragsvolumen für das Unternehmen eingeläutet habe. Seit Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands hat sich der Wert der Rheinmetall-Aktien um mehr als das Vierzehnfache erhöht (nochmals zur Deutlichkeit: x14, oder ist um 1.300 Prozentpunkte gewachsen) – einige Quellen berichten sogar von einer fast achtzehnfachen Steigerung der Marktkapitalisierung des Rüstungsunternehmens.

Auch einige zivile Hersteller reiten auf dieser Welle mit: Im vergangenen Jahr erklärte Volkswagen-Chef Oliver Blume, das Unternehmen sei offen für die Fertigung von Rüstungsgütern in seinen Werken. Er erinnerte auch daran, dass das Unternehmen bereits zuvor Fahrzeuge für die Armee produziert habe. Dies hatte besonders in der Zeit des Dritten Reichs recht hohe Ausmaße erreicht. Und damals war es nicht nur Volkswagen – auch BMW, Maibach, Mercedes und Porsche produzierten im Zweiten Weltkrieg Rüstungsgüter. Ein überaus reicher Erfahrungsschatz.

Europa befindet sich erst in einer frühen Phase seiner Kriegsvorbereitungen. Doch es heizt rasant die Kessel auf – und all seine Handlungen basieren, auf die eine oder andere Weise, auf der Logik des Krieges. Daher erübrigt es sich, Meme wie "Um Oma zu ärgern, ohne Mütze gehen und sich die Ohren abfrieren" und "Europa schießt sich selbst ins Knie" zum hundertsten Mal zu wiederholen – wie passend sie auch ansonsten sein mögen.

Europa bereitet einfach den Krieg vor.

*Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist zuerst am 6. April 2026 auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.*

**Dmitri Rodionow** ist ein russischer Sprach- und Politikwissenschaftler. Er ist stellvertretender Geschäftsleiter der russischen Denkfabrik "Institut für innovative Entwicklung". Rodionow veröffentlichte zahlreiche Artikel zu den Themen Geopolitik und Konfliktforschung, unter anderem auch auf [seinem Telegram-Kanal](#).

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln*